

ESV

# Rechtsschutz bei der Planung von Verkehrsanlagen und anderen Infrastrukturvorhaben

## Grundlagen der Planfeststellung

Von

**Prof. Dr. Werner Hoppe †**

Universitätsprofessor em. an der  
Westfälischen Wilhelms-Universität Münster,  
Rechtsanwalt in Berlin

**Prof. Dr. Hans Schlarmann**

Rechtsanwalt in Stuttgart, Fachanwalt für Verwaltungsrecht,  
Honorarprofessor an der Universität Hohenheim (Stuttgart)

**Dr. Reimar Buchner**

Rechtsanwalt in Berlin,  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

**Dr. Markus Deutsch**

Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

unter Mitarbeit von

**Thomas Krappel**

Rechtsanwalt in Stuttgart

4., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**  
[ESV.info/978 3 503 12925 6](http://ESV.info/978%203%20503%2012925%206)

Das Werk erschien bis einschl. 3. Auflage 2001  
im Verlag C.H. Beck unter dem Titel „Rechtsschutz bei der Planung  
von Straßen und anderen Verkehrsanlagen“, NJW-Schriftenreihe.  
4. Aufl. 2011

ISBN 978 3 503 12925 6

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2011  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/11 Candida

Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnau  
Druck und Bindung: Danuvia Druckhaus Neuburg, Neuburg

## Vorwort

Das vorliegende Werk setzt die früher unter dem Titel „Rechtsschutz bei der Planung von Straßen und anderen Verkehrsanlagen“ erschienene Schrift (*Hoppe/Schlarmann/Buchner*, NJW-Schriftenreihe Heft 8, 3. Aufl. 2001) fort.

*Werner Hoppe*, der Nestor des deutschen Planungs- und Raumordnungsrechts, hat dieses Werk mit der ersten Auflage 1971 begründet. Er ist im Juli 2009 durch einen tragischen Unfall plötzlich von uns gegangen. Es war ihm aber vergönnt, seinen Teil des Manuskripts noch vor seinem Tod druckfertig abschließen zu können. Aus seiner Feder stammt insbesondere das 4. Kapitel „Die fachplanerische Gestaltungsfreiheit, ihre Grenzen und ihre Rechtskontrolle“. Hier hat er die Erträge seiner jahrzehntelangen Forschung und praktischen Erfahrung plastisch zusammengefasst, pointiert und teilweise neu strukturiert.

Das Werk ist der Sache nach eine Darstellung des Fachplanungsrechts, allerdings aus dem besonderen Blickwinkel des Rechtsschutzes. Dieser Ansatz und der daraus resultierende Aufbau des Handbuches und die Darstellungsweise haben sich in den Voraufgaben bewährt und wurden im Wesentlichen beibehalten. Die bis Ende November 2009 publizierte Literatur und Rechtsprechung – in Einzelfällen auch darüber hinaus – sind eingearbeitet.

Gegenüber der Voraufgabe waren die vielfältigen Aktivitäten des deutschen Gesetzgebers und vor allem der Europäischen Union zu berücksichtigen und einzuarbeiten. Zwar sind die Bemühungen des deutschen Gesetzgebers zum Erlass eines Umweltgesetzbuches, das mit der geplanten Einführung der Vorhabengenehmigung eine grundlegende Änderung des Planungsrechts für Infrastrukturvorhaben zur Folge gehabt hätte, gescheitert, so dass die Grundstrukturen des Planungsrechts und des planungsbezogenen Rechtsschutzes erhalten blieben. Dennoch haben sich vor allem im für das Planungsrecht bedeutsamen Umweltrecht zahlreiche neue Fragestellungen mit Bezug zur Planfeststellung von Verkehrsanlagen und Infrastrukturvorhaben ergeben, insbesondere zum Naturschutz und hier vor allem zum FFH- und Artenschutzrecht. Während sich einerseits bei vielen Problemen eine Klärung abzeichnet, ergibt sich andererseits eine Fülle neuer Zweifelsfragen. Die Rechtsentwicklung wird noch auf absehbare Zeit im Fluss bleiben. Hier haben wir versucht, die rechtlichen Strukturen herauszuarbeiten.

Angesichts der Fülle des seit der letzten Auflage zu bearbeitenden Materials und der zahlreichen neuen Fragestellungen war es für die bisherigen Autoren eine große Erleichterung und nachhaltige fachliche Unterstützung, Herrn Rechtsanwalt *Dr. Markus Deutsch* (Frankfurt/Main) als weiteren Mitautor gewinnen zu können. Er konnte seine reichhaltige Erfahrung im Planungs- und Planfeststellungsrecht in das Handbuch mit einbringen.

Die Autoren danken ihren Kollegen in der Anwaltskanzlei *Gleiss Lutz* (Berlin/Düsseldorf/Frankfurt/München/Stuttgart/Brüssel) für wertvolle Hinweise und

stets fruchtbare fachliche Diskussionen, die dem Werk zugute gekommen sind. Dieser Dank gilt vor allem Herrn Rechtsanwalt *Thomas Krappel* (Stuttgart) für die tatkräftige Mitarbeit und für die sachkundige Erarbeitung von Entwürfen zu einzelnen Kapiteln, sowie ferner Herrn Richter *Dr. Simon Wagner*, der während seiner Referendarzeit bei *Gleiss Lutz* ebenfalls einzelne Abschnitte überarbeitet hat.

Stuttgart/Berlin/Frankfurt a. M. im Juni 2010

Hans Schlarmann

Reimar Buchner

Markus Deutsch

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI
Literaturverzeichnis . . . . .	XXVII
<b>1. Kapitel: Einführung in das Planfeststellungsverfahren . . . . .</b>	<b>1</b>
§ 1. Planfeststellung und Plangenehmigung im Rechtssystem . . . . .	1
§ 2. Übersicht über die Planfeststellungen nach Rechtsgebieten . . . . .	27
§ 3. Gemeinsame Merkmale der Planfeststellungsverfahren . . . . .	77
§ 4. Plangenehmigung . . . . .	112
§ 5. Entfallen von Planfeststellung und Plangenehmigung . . . . .	115
§ 6. Ersetzung der Planfeststellung durch Bebauungsplan . . . . .	119
§ 7. Sonstige, für die Planung von Verkehrsanlagen wesentliche Verfahren . . . . .	126
<b>2. Kapitel: Rechtsschutz bis zum Planfeststellungsbeschluss . . . . .</b>	<b>141</b>
§ 8. Rechtsschutz gegen Vorstufen der Planung . . . . .	141
§ 9. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Vorbereitung und Sicherung der Planung . . . . .	151
§ 10. Vorbeugender Rechtsschutz gegen die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	158
§ 11. Rechtsschutz im Planfeststellungsverfahren . . . . .	163
§ 12. Rechtsschutz bei Verwirklichung eines planfeststellungspflichtigen Vorhabens ohne vorherige Planfeststellung . . . . .	166
§ 13. Rechtsschutz des Vorhabenträgers . . . . .	168
<b>3. Kapitel: Rechtsschutz gegen den Planfeststellungsbeschluss . . . . .</b>	<b>169</b>
§ 14. Widerspruchsverfahren . . . . .	169
§ 15. Klageart und Urteilsformel . . . . .	170
§ 16. Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss . . . . .	173
§ 17. Der Rechtsschutz bei Auflagen . . . . .	229
§ 18. Gerichtliche Entscheidungsformeln und ihre Folgen für das Vorhaben . . . . .	275
<b>4. Kapitel: Die fachplanerische Gestaltungsfreiheit, ihre Grenzen und ihre Rechtskontrolle . . . . .</b>	<b>279</b>
§ 19. Planerische Gestaltungsfreiheit und fachplanungsrechtliche Abwägung . . . . .	279
§ 20. Naturschutz als zentrales Beispiel für rechtliche Grenzen der planerischen Gestaltungsfreiheit . . . . .	350
<b>5. Kapitel: Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>417</b>
§ 21. Die aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklage . . . . .	417
§ 22. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gem. § 80 Abs. 5 S. 1 1. Fall VwGO . . . . .	421
§ 23. Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 S. 1 2. Fall VwGO . . . . .	426
§ 24. Vorläufiger Rechtsschutz analog § 80 Abs. 5 VwGO . . . . .	429
§ 25. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 123 VwGO . . . . .	431

<b>6. Kapitel: Rechtsschutz bei Sonderformen der Planung von Verkehrsanlagen</b> .....	433
§ 26. Rechtsschutz bei der Straßenplanung durch Bebauungsplan .....	433
Sachverzeichnis .....	439

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI
Literaturverzeichnis . . . . .	XXVII
<b>1. Kapitel: Einführung in das Planfeststellungsverfahren . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>§ 1. Planfeststellung und Plangenehmigung im Rechtssystem . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Begriffe . . . . .	1
1. Planung, Plan, Planfeststellungsrecht, Planfeststellungsverfahren und Planfeststellungsbeschluss . . . . .	1
2. Raumplanungsrecht . . . . .	2
3. Gesamtplanung und Fachplanung . . . . .	2
4. Gemeinnützige und privatnützige Planfeststellung . . . . .	2
II. Geschichtliche Entwicklung der Planfeststellung . . . . .	3
III. Funktionen der Planfeststellung . . . . .	6
1. Kontroll- und Planungsfunktion der Planfeststellung . . . . .	7
2. Planfeststellung als Instrument der Durchsetzung von Vorhaben . . . . .	9
IV. Planfeststellung und Nachbarrecht . . . . .	10
1. Private Vorhaben . . . . .	11
2. Öffentliche Vorhaben . . . . .	12
V. Planfeststellung und vorgelagerte höherstufige Planungen . . . . .	13
1. Vorgelagerte Gesamtplanungen . . . . .	13
a) Rechtsschutz gegen Erfordernisse der Raumordnung . . . . .	13
b) Antragsbefugnis und Rechtsschutzbedürfnis von Gemeinden . . . . .	15
c) Antragsbefugnis und Rechtsschutzbedürfnis von Privaten . . . . .	15
2. Vorgelagerte Fachplanungen . . . . .	17
a) Vorgelagerte Fachplanungen in Ausbaugesetzen . . . . .	17
b) Vorbereitende Linienbestimmung . . . . .	20
VI. Erweiterung des Gegenstands der Planfeststellung auf notwendige Folgemaßnahmen . . . . .	20
VII. Zusammentreffen mehrerer Vorhaben . . . . .	23
1. Die Abgrenzung zwischen § 78 VwVfG und § 75 Abs. 1 S. 1 VwVfG . . . . .	23
2. Tatbestandsvoraussetzungen des § 78 Abs. 1 VwVfG . . . . .	23
3. Rechtsfolge: Einheitliches Planfeststellungsverfahren . . . . .	25
a) Umfang der Verfahrenskonzentration . . . . .	25
b) Anwendbares Planfeststellungsrecht gem. § 78 Abs. 2 VwVfG . . . . .	25
<b>§ 2. Übersicht über die Planfeststellungen nach Rechtsgebieten . . . . .</b>	<b>27</b>
I. Regelung des Planfeststellungsverfahrens in den Verwaltungsverfahrensgesetzen und deren Anwendungsbereich . . . . .	28
II. Straßenrechtliche Planfeststellung . . . . .	30
1. Anwendungsbereich des FStrG und der Straßengesetze der Länder . . . . .	30
2. Gegenstand der straßenrechtlichen Planfeststellung . . . . .	33
a) Öffentliche Straße . . . . .	35



b) Kreuzung und Einmündung . . . . .	37
c) Bau und Änderung . . . . .	38
3. Planfeststellungsverfahren . . . . .	40
III. Personenbeförderungsrechtliche Planfeststellung . . . . .	41
1. Anwendungsbereich des PBefG . . . . .	41
2. Gegenstand der personenbeförderungsrechtlichen Planfeststellung . . . . .	42
a) Betriebsanlagen für Straßenbahnen . . . . .	43
b) Bau und Änderung . . . . .	43
c) Verhältnis der personenbeförderungsrechtlichen Planfeststellung zur Genehmigung nach § 9 PBefG . . . . .	44
3. Planfeststellungsverfahren . . . . .	44
IV. Eisenbahnrechtliche Planfeststellung . . . . .	45
1. Anwendungsbereich des AEG . . . . .	45
2. Gegenstand der eisenbahnrechtlichen Planfeststellung . . . . .	45
a) Betriebsanlagen einer Eisenbahn . . . . .	45
b) Zwischenergebnis . . . . .	49
c) Bau und Änderung . . . . .	49
3. Planfeststellungsverfahren . . . . .	49
V. Magnetschwebbahnrechtliche Planfeststellung . . . . .	50
1. Anwendungsbereich des MBPlG . . . . .	50
2. Gegenstand der magnetschwebbahnrechtlichen Planfeststellung . . . . .	50
3. Planfeststellungsverfahren . . . . .	51
VI. Wasserrechtliche Planfeststellung . . . . .	51
1. Anwendungsbereich des WHG . . . . .	51
2. Gegenstand der wasserwirtschaftsrechtlichen Planfeststellung . . . . .	53
a) Herstellung . . . . .	54
b) Beseitigung . . . . .	55
c) Wesentliche Umgestaltung . . . . .	55
d) Abgrenzung von Gewässerausbau und Gewässerbenutzung . . . . .	56
e) Abgrenzung von Gewässerausbau und Gewässerunterhaltung . . . . .	58
3. Planfeststellungsverfahren . . . . .	59
VII. Wasserstraßenrechtliche Planfeststellung . . . . .	59
1. Anwendungsbereich des WaStrG . . . . .	59
2. Gegenstand der wasserstraßenrechtlichen Planfeststellung . . . . .	61
a) Ausbau . . . . .	61
b) Neubau . . . . .	64
c) Beseitigung . . . . .	65
d) Verhältnis der §§ 12ff. WaStrG zum Gewässerausbau nach § 68 Abs. 1 WHG (§ 31 Abs. 2 WHG a. F.) . . . . .	65
3. Planfeststellungsverfahren . . . . .	66
VIII. Flurbereinigungsrechtliche Planfeststellung . . . . .	66
IX. Luftverkehrsrechtliche Planfeststellung . . . . .	67
X. Energiewirtschaftsrechtliche Planfeststellung . . . . .	71
1. Anwendungsbereich des EnWG . . . . .	71
2. Gegenstand der energiewirtschaftsrechtlichen Planfeststellung . . . . .	72
a) Hochspannungsfreileitungen . . . . .	73
b) Gasversorgungsleitungen . . . . .	73
c) Erdkabel . . . . .	74
d) Errichtung, Betrieb und Änderung . . . . .	75
3. Planfeststellungsverfahren . . . . .	76

<b>§ 3. Gemeinsame Merkmale der Planfeststellungsverfahren</b> .....	77
I. Die Planungsstufen der vorbereitenden Planung und der durchführenden Planfeststellung .....	77
1. Die Planaufstellung als vorbereitende Planungsstufe .....	77
2. Die Verfahrensschritte im förmlichen Verfahren der Planaufstellung .....	78
a) Anhörungsverfahren .....	78
aa) Vorzulegende Unterlagen .....	80
bb) Behördenbeteiligung .....	81
cc) Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände .....	84
dd) Auslegung des Plans .....	84
(1) Ort der Auslegung und Bekanntmachung der Auslegung .....	84
(2) Auszulegende Unterlagen .....	86
(3) Einsichtsrechte in nicht ausgelegte Planunterlagen .....	87
(4) Organisation der Auslegung .....	89
ee) Einwendungen .....	89
(1) Begriff der Einwendung und Einwendungsberechtigte .....	90
(2) Formelle Anforderungen an Einwendungen .....	90
(3) Präklusion .....	92
ff) Erörterungstermin .....	94
(1) Teilnahmeberechtigte und Bekanntmachung .....	95
(2) Gegenstand der Erörterung .....	96
(3) Ablauf des Erörterungstermins .....	97
gg) Abschließende Stellungnahme .....	99
b) Feststellungsverfahren .....	99
aa) Verfahren .....	99
bb) Form und Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses .....	100
cc) Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses .....	100
II. Rechtswirkungen des Planfeststellungsbeschlusses .....	101
1. Genehmigungswirkung .....	102
2. Konzentrationswirkung .....	102
3. Gestaltungswirkung .....	104
4. Ausschlusswirkung .....	104
5. Enteignungsrechtliche Vorwirkung .....	105
6. Grundlage für die vorläufige (vorzeitige) Besitzeinweisung .....	106
III. Der Planfeststellungsbeschluss als Verwaltungsakt .....	106
IV. Planänderungen .....	107
1. Planänderungen vor der Planfeststellung .....	107
2. Planänderungen nach Planfeststellung vor Fertigstellung des Vorhabens .....	109
a) Grundsatz der Erforderlichkeit eines neuen Planfeststellungsverfahrens gem. § 76 Abs. 1 VwVfG .....	109
b) Kein neues Planfeststellungsverfahren bei unwesentlichen Änderungen gem. § 76 Abs. 2 VwVfG .....	110
c) Verkürztes Verfahren bei Planfeststellungsverfahren für unwesentliche Änderungen gem. § 76 Abs. 3 VwVfG .....	110
3. Änderung nach Fertigstellung .....	111
<b>§ 4. Plangenehmigung</b> .....	112
I. Anwendungsbereich der Plangenehmigung .....	112
II. Voraussetzungen der Erteilung einer Plangenehmigung .....	112
III. Auswirkungen der Wahl der Plangenehmigung .....	114

<b>§ 5. Entfallen von Planfeststellung und Plangenehmigung</b> . . . . .	115
I. Allgemeines . . . . .	115
II. Voraussetzungen einer Ausnahme von der Planungspflicht nach § 74 Abs. 7 VwVfG i. V. m. § 17b Abs. 1 Nr. 4 FStrG . . . . .	115
III. Rechtsnatur des Entfallens von Planfeststellung und Plangenehmigung als gesetzliche Ausnahme vom Planfeststellungsvorbehalt . . . . .	117
<b>§ 6. Ersetzung der Planfeststellung durch Bebauungsplan</b> . . . . .	119
I. Einführung . . . . .	119
II. Wahlrecht zwischen Bebauungsplan und Planfeststellung . . . . .	120
III. Folgen der Wahl des Bebauungsplans . . . . .	121
IV. Rechtmäßigkeitsanforderungen . . . . .	123
1. Grundsätzliches . . . . .	123
2. Einzelprobleme . . . . .	123
<b>§ 7. Sonstige, für die Planung von Verkehrsanlagen wesentliche Verfahren</b> . . . . .	126
I. Raumordnungsverfahren (§ 15 Abs. 1 ROG) . . . . .	126
1. Anwendungsbereich . . . . .	126
2. Rechtliche Wirkungen . . . . .	127
II. Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) . . . . .	128
1. Funktion der UVP . . . . .	129
2. UVP als unselbstständiger Teil des Planfeststellungsverfahrens . . . . .	130
3. Feststellung der UVP-Pflicht . . . . .	130
4. Scoping-Verfahren (§ 5 UVPG) . . . . .	132
5. Unterrichtung des Vorhabenträgers . . . . .	134
6. Bedeutung der UVP . . . . .	135
7. Rechtskontrolle bei unterbliebener oder fehlerhafter Umweltverträglichkeitsprüfung . . . . .	136
<b>2. Kapitel: Rechtsschutz bis zum Planfeststellungsbeschluss</b> . . . . .	141
<b>§ 8. Rechtsschutz gegen Vorstufen der Planung</b> . . . . .	141
I. Bedarfsfeststellung durch Bedarfspläne in Gesetzesform . . . . .	141
1. Zweck der Bedarfsfeststellung . . . . .	141
2. Inzidenter Rechtsschutz . . . . .	141
3. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Bedarfsplanung . . . . .	142
II. Linienbestimmung . . . . .	143
1. Zweck der Linienbestimmung . . . . .	143
2. Rechtswirkungen und inzidente gerichtliche Kontrolle . . . . .	144
3. Voraussetzungen der Linienbestimmung . . . . .	147
<b>§ 9. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Vorbereitung und Sicherung der Planung</b> . . . . .	151
I. Rechtsschutz gegen die Festlegung von Planungsgebieten . . . . .	151
1. Inhalt und Zweck der Planungsgebietsfestlegung . . . . .	151
2. Rechtsform der Festlegung von Planungsgebieten und Rechtsschutz . . . . .	153
3. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Planungsgebietsfestlegung . . . . .	154
4. Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 9a Abs. 5 FStrG) . . . . .	155
II. Rechtsschutz bei Vorarbeiten . . . . .	155
1. Inhalt und Funktion der Verpflichtung zur Duldung von Vorarbeiten . . . . .	155
2. Benachrichtigung über die Vorarbeiten als Verwaltungsakt . . . . .	156
3. Voraussetzungen für die Anordnung der Duldung von Vorarbeiten . . . . .	156

<b>§ 10. Vorbeugender Rechtsschutz gegen die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens</b> . . . . .	158
I. Abgrenzung und verfassungsrechtliche Grundlagen des vorbeugenden Rechtsschutzes . . . . .	158
II. Klagearten bei vorbeugendem Rechtsschutz . . . . .	159
III. Qualifiziertes Rechtsschutzinteresse . . . . .	160
1. Grundsätzliches . . . . .	160
2. Insbesondere: Abschnittsbildung . . . . .	161
<b>§ 11. Rechtsschutz im Planfeststellungsverfahren</b> . . . . .	163
I. Grundsätzlicher Ausschluss des Rechtsschutzes gegen Verfahrenshandlungen durch § 44a VwGO . . . . .	163
II. Rechtsschutzfunktion des Planfeststellungsverfahrens nach der Rechtsprechung des BVerwG . . . . .	164
III. Grundsätzlich keine Nichtigkeit des Planfeststellungsbeschlusses wegen Verfahrensfehlern nach § 44 VwVfG . . . . .	164
<b>§ 12. Rechtsschutz bei Verwirklichung eines planfeststellungspflichtigen Vorhabens ohne vorherige Planfeststellung</b> . . . . .	166
<b>§ 13. Rechtsschutz des Vorhabenträgers</b> . . . . .	168
<b>3. Kapitel: Rechtsschutz gegen den Planfeststellungsbeschluss</b> . . . . .	169
<b>§ 14. Widerspruchsverfahren</b> . . . . .	169
<b>§ 15. Klageart und Urteilsformel</b> . . . . .	170
<b>§ 16. Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss</b> . . . . .	173
I. Zuständigkeit . . . . .	173
1. Örtliche . . . . .	173
2. Sachliche . . . . .	173
a) Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts gem. § 45 VwGO . . . . .	173
b) Erstinstanzliche Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts . . . . .	173
c) Zuständigkeit des BVerwG nach § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO sowie nach dem Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (VerkPBG) . . . . .	174
aa) Sachlicher Anwendungsbereich des VerkPBG . . . . .	175
bb) Räumlicher Anwendungsbereich des VerkPBG . . . . .	176
cc) Zeitlicher Anwendungsbereich des VerkPBG . . . . .	176
dd) Erstinstanzliche Zuständigkeit nach § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO . . . . .	176
II. Vorverfahren . . . . .	177
III. Klagefrist . . . . .	177
IV. Frist zur Angabe von Tatsachen und Beweismitteln . . . . .	179
V. Klagegegner . . . . .	182
VI. Klagebefugnis . . . . .	183
1. Überblick über die Anforderungen des § 42 Abs. 2 VwGO . . . . .	183
a) Eigene Rechte . . . . .	183
b) Geltendmachen der Verletzung eigener Rechte . . . . .	184
c) Gesetzliche Ausnahmen . . . . .	184
2. Die Klagebefugnis von Zivilpersonen . . . . .	185
a) Einwendungsbefugnis und Klagebefugnis . . . . .	185
b) Klagen unmittelbar Betroffener . . . . .	185
c) Nachbarklagen . . . . .	187
aa) Grundlagen . . . . .	187

bb)	Nachbarschutz der Eigentümer und dinglich Berechtigten . . . . .	189
(1)	Der Nachbarbegriff des Fachplanungsrechts . . . . .	189
(2)	Erweiterung des Nachbarschutzes durch das Abwägungsgebot . .	190
(a)	Subjektives Recht auf Abwägung privater Belange . . . . .	190
(b)	Beschränkte Reichweite des subjektiven Rechts auf Abwägung? . . . . .	192
cc)	Nachbarschutz sonstiger Betroffener . . . . .	193
(1)	Planungsrechtlicher Nachbarschutz . . . . .	193
(2)	Immissionsschutzrechtlicher Nachbarschutz . . . . .	195
3.	Die Klagebefugnis von Verbänden . . . . .	196
a)	Die Klagebefugnis aufgrund eigener materieller Rechte der Vereine und Verbände . . . . .	196
b)	Die egoistische Vereinsklage . . . . .	197
c)	Die Klage zur Durchsetzung von Beteiligungsrechten . . . . .	198
aa)	Die Einräumung von Beteiligungsrechten . . . . .	198
bb)	Funktion, Rechtsnatur und Inhalt der Mitwirkungsrechte . . . . .	198
cc)	Rechtsschutz zur Durchsetzung der Beteiligung . . . . .	199
dd)	Rechtsschutz bei Wahl der falschen Verfahrensart . . . . .	200
d)	Die altruistische Vereinsklage nach BNatSchG . . . . .	201
aa)	Voraussetzungen des Vereinsklagerechts . . . . .	201
bb)	Reichweite der Rügebefugnis . . . . .	201
e)	Vereinsklage nach dem URG . . . . .	202
aa)	Klagebefugnis . . . . .	202
bb)	Begründetheit . . . . .	203
(1)	Verfahrensfehler . . . . .	203
(2)	Materielle Mängel . . . . .	204
cc)	Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	205
dd)	Verhältnis zur naturschutzrechtlichen Vereinsklage . . . . .	205
4.	Die Klagebefugnis der Träger öffentlicher Verwaltung als Hoheitsträger . . . .	205
a)	Die Klagebefugnis von Ländern gegen Planfeststellungsbeschlüsse . . . . .	206
b)	Klagebefugnis von Gemeinden . . . . .	208
aa)	Verletzung der gemeindlichen Planungshoheit . . . . .	208
bb)	Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit kommunaler Einrichtungen . . . . .	210
cc)	Beeinträchtigung des kommunalen Selbstgestaltungsrechts . . . . .	210
dd)	Beeinträchtigung der Finanzhoheit . . . . .	211
ee)	Andere öffentliche Belange . . . . .	211
5.	Die Klagebefugnis von Trägern öffentlicher Verwaltung als Vermögensträger . . . .	212
6.	Die Klagebefugnis aufgrund von Verfahrensregelungen . . . . .	212
VII.	Begründetheit der Anfechtungsklage i. S. des § 113 Abs. 1 S. 1 VwGO . . . . .	214
1.	Prüfungsumfang in Abhängigkeit von der Reichweite des subjektiven Rechts . . . .	214
2.	Kausalzusammenhang zwischen Fehler und Sachentscheidung . . . . .	215
a)	Kausalität von Verfahrens- und Formverstößen für das Abwägungs- ergebnis (§ 46 VwVfG) . . . . .	215
b)	Erheblichkeit von Abwägungsmängeln (§ 75 Abs. 1 a S. 1 VwVfG u. a.) . . . .	218
aa)	Offensichtlichkeit der Abwägungsmängel . . . . .	219
bb)	Einfluss der Abwägungsmängel auf das Abwägungsergebnis . . . . .	220
c)	Kausalität des Fehlers für die räumliche Lage des planfestgestellten Vorhabens . . . . .	222
d)	Bedenken gegen die Rechtsprechung zur (Un-)Erheblichkeit von Fehlern . . . . .	222
3.	Ausschluss des Aufhebungsanspruchs bei Heilbarkeit des Mangels . . . . .	224
a)	Heilbarkeit formeller Fehler . . . . .	224

aa) Heilbarkeit nach § 45 Abs. 2 VwVfG und den Regelungen der Fachplanungsgesetze . . . . .	224
bb) Heilbarkeit durch ergänzendes Verfahren . . . . .	224
b) Heilbarkeit materieller Mängel, insbesondere der Abwägung . . . . .	225
4. Begrenzung des Aufhebungsanspruchs auf den belastenden Teil des Plans . . . . .	227
<b>§ 17. Der Rechtsschutz bei Auflagen . . . . .</b>	<b>229</b>
I. Planfeststellungsbeschluss und Schutzauflagen . . . . .	229
1. Gesetzliche Regelungen . . . . .	229
2. Regelung im Planfeststellungsbeschluss . . . . .	229
3. Rechtscharakter von Schutzauflagen . . . . .	231
4. „Schutzauflagen“ außerhalb eines Planfeststellungsverfahrens . . . . .	233
II. Der Rechtsschutz Betroffener gegen nachteilige Auswirkungen eines planfestgestellten Vorhabens . . . . .	234
1. Verpflichtungsklage auf Anordnung von Schutzauflagen statt Anfechtung des Planfeststellungsbeschlusses . . . . .	234
a) Vorrang der Planergänzung vor der Planaufhebung . . . . .	234
b) Anspruch auf Planergänzung und Auswahlermessen der Planfeststellungsbehörde im Hinblick auf die Art der Schutzauflagen . . . . .	234
c) Verpflichtungsklage auf Anordnung von Schutzauflagen . . . . .	236
2. Auflagen zum Schutz vor Verkehrslärm gem. §§ 41, 42 BImSchG . . . . .	238
a) § 41 Abs. 1 BImSchG i. V. m. der Verkehrslärmschutzverordnung . . . . .	241
aa) Bau oder wesentliche Änderung als Voraussetzung der Anwendung des § 41 Abs. 1 BImSchG . . . . .	241
bb) Aktive Schallschutzmaßnahmen zur Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche . . . . .	244
b) Ausschluss aktiver Schallschutzmaßnahmen gem. § 41 Abs. 2 BImSchG bei Unverhältnismäßigkeit der Kosten . . . . .	248
c) Entschädigung für passive Schallschutzmaßnahmen, § 42 BImSchG . . . . .	251
3. Schutzauflagen gem. § 74 Abs. 2 S. 2 VwVfG . . . . .	252
a) Zum Schutz des Wohls der Allgemeinheit . . . . .	252
b) Zum Schutz der Rechte anderer . . . . .	253
c) Nachteilige Wirkungen i. S. des § 74 Abs. 2 S. 2 VwVfG . . . . .	254
d) Adäquater Kausalzusammenhang zwischen Vorhaben und nachteiliger Wirkung . . . . .	254
e) Erforderlichkeit von Vorkehrungen und Anlagen . . . . .	255
aa) Erforderlichkeit eines Ausgleichs nur bei wesentlichen Nachteilen . . . . .	256
(1) Wesentliche Nachteile durch die Beeinträchtigung der Erreichbarkeit eines Grundstücks . . . . .	257
(2) Wesentliche Nachteile durch Immissionen . . . . .	258
bb) Erforderlichkeit bei der Auswahl einer bestimmten Schutzauflage . . . . .	260
f) Auflagenadressat . . . . .	262
4. Nachträgliche Schutzauflagen gem. § 75 Abs. 2 S. 2 VwVfG . . . . .	262
a) Antragsverfahren und Rechtscharakter als nachträgliche Anordnung . . . . .	263
b) Nachteilige Wirkung auf das Recht eines anderen i. S. des § 75 Abs. 2 S. 2 VwVfG . . . . .	264
c) Nicht voraussehbare nachteilige Wirkung i. S. des § 75 Abs. 2 S. 2 VwVfG . . . . .	264
d) Eintritt der Auswirkungen nach Unanfechtbarkeit . . . . .	266
5. Anspruch auf angemessene Entschädigung in Geld gem. § 74 Abs. 2 S. 3 und § 75 Abs. 2 S. 4 VwVfG . . . . .	266

a) Geldsurrogat für unzureichende physisch-reale Schutzmaßnahmen . . . . .	266
b) Untunliche oder mit dem Vorhaben unvereinbare Schutzvorkehrungen . .	268
c) Höhe der Entschädigung . . . . .	268
6. Weitere Entschädigungsansprüche . . . . .	269
a) Entschädigung bei planfeststellungsbedürftigen Vorhaben . . . . .	269
b) Entschädigung außerhalb von Planfeststellungsverfahren . . . . .	271
7. Rechtsschutz bei Nichterfüllung angeordneter Schutzauflagen . . . . .	271
a) Anspruch auf Herstellung von Anlagen oder Schutzvorkehrungen . . . . .	271
b) Anspruch auf Zahlung der festgesetzten Entschädigung . . . . .	272
c) Schadensersatz aus Amtshaftung und Aufwendungsersatz . . . . .	273
III. Rechtsschutz der durch Schutzauflagen nachteilig Betroffenen . . . . .	273
<b>§ 18. Gerichtliche Entscheidungsformeln und ihre Folgen für das Vorhaben . . . . .</b>	<b>275</b>
I. Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses . . . . .	275
II. Feststellung der Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses . . . . .	276
III. Verpflichtung der Planfeststellungsbehörde zur Planergänzung . . . . .	276
IV. Klageabweisung . . . . .	276
<b>4. Kapitel: Die fachplanerische Gestaltungsfreiheit, ihre Grenzen und ihre Rechtskontrolle . . . . .</b>	<b>279</b>
<b>§ 19. Planerische Gestaltungsfreiheit und fachplanungsrechtliche Abwägung . . . . .</b>	<b>279</b>
I. Wesenselemente und Besonderheiten der fachplanungsrechtlichen Abwägung . .	279
1. Die Eigenständigkeit der fachplanungsrechtlichen Abwägung und ihre prägenden Wesenselemente . . . . .	279
a) Besonderheiten der fachplanungsrechtlichen Abwägung gegenüber Abwägungen nach BauGB und ROG . . . . .	281
b) Das Problem der „nachvollziehenden“ Abwägung der Planfeststellungsbehörde . . . . .	282
c) Das Problem der raumordnungsrechtlichen Standortvorgaben bei der fachplanungsrechtlichen Abwägung . . . . .	282
2. Das Erfordernis einer Planentscheidung für die Geltung des Abwägungsgebots . . . . .	283
II. Die Trägerschaft der planerischen Gestaltungsfreiheit bei Planfeststellung und Plangenehmigung . . . . .	285
1. Zur bisherigen Diskussion der Trägerschaft . . . . .	285
2. „Originäre“ und „nachvollziehende“ Abwägung bei Vorhabenträger und Planfeststellungs- bzw. Plangenehmigungsbehörde . . . . .	286
a) Die Maßgeblichkeit der materiellen Planungsaufgabe . . . . .	286
b) Bindung der Planfeststellungsbehörde an die Entwicklungsvorstellungen des Vorhabenträgers . . . . .	287
c) Befugnis der Planfeststellungsbehörde zur eigenen fachplanungsrechtlichen Abwägung . . . . .	288
aa) Ausgleichs- und Ergänzungsbefugnis der Planfeststellungsbehörde bei Auflagenerteilung . . . . .	289
bb) Ausgleichs- und Ergänzungsbefugnis der Planfeststellungsbehörde bei Unvollständigkeit des Abwägungsmaterials . . . . .	289
cc) Grenzen der planerischen Abwägung der Planfeststellungsbehörde . .	291
III. Raumordnungsrechtliche Bindungswirkungen der fachplanungsrechtlichen Abwägung . . . . .	292
1. Bindung durch Erfordernisse der Raumordnung (§ 4 ROG) . . . . .	292
2. Rechtsnormative Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG) . . . . .	293

a) Unterschiedliche Zielbindungswirkungen der bauleitplanungsrechtlichen und fachplanungsrechtlichen Abwägung . . . . .	293
aa) Zielbindung der Bauleitplanung (§ 1 Abs. 4 BauGB) . . . . .	294
bb) Arbeitsteilige Aufgabenstruktur „zwischen Raumordnung und Fachplanung“ . . . . .	295
b) Fachplanungsrechtliche Ermächtigung zur Überwindung von Raumordnungszielen . . . . .	296
c) Die Umdeutung einer raumordnungsrechtlichen Zielbindung (§ 3 Nr. 2, § 4 Abs. 1 ROG) in die Pflicht zur Berücksichtigung eines Grundsatzes (§ 3 Nr. 3 ROG) . . . . .	298
3. Die Rechtswirkungen von Grundsätzen der Raumordnung (§ 3 Nr. 3 ROG) . . . . .	298
4. Raumordnungsverfahren (§§ 15, 16 ROG) . . . . .	299
IV. Anforderungen des Abwägungsgebotes an die Planungsentscheidung . . . . .	300
1. Das Abwägungsgebot als materielle planerische Kollisionsregel mit einheitlichen dogmatischen Strukturen . . . . .	300
2. Belange in der Abwägung . . . . .	301
3. Die rechtliche Steuerung der Fachplanung . . . . .	302
4. Planrechtfertigung, Abwägungsdirektiven, Abwägungsgrundsätze . . . . .	303
5. Anforderungen an die Verkehrsflughafenplanung nach dem fachplanungsrechtlichen Abwägungsgebot . . . . .	307
V. Die Struktur der Abwägung als Entscheidungsmethode . . . . .	309
1. Übersicht über die Phasen der Abwägung . . . . .	309
2. Planungsalternativen in der Abwägung . . . . .	311
3. Abwägungsgebote und Abwägungsfehler im Überblick . . . . .	312
4. Abwägungsmängel und Grundsatz der Planerhaltung (§ 75 Abs. 1a VwVfG) . . . . .	314
VI. Die einzelnen Phasen der Abwägung . . . . .	314
1. Die Ermittlung von Belangen (Erste Phase) . . . . .	314
a) Die Ermittlung als Informationsgewinnung . . . . .	314
b) Die Maßstäbe der Abwägungsbeachtlichkeit bei der Ermittlung . . . . .	315
aa) Die zweiphasige Selektion in Grob- und Feinselektion . . . . .	315
bb) Die generelle Abwägungsbeachtlichkeit bei der Ermittlung . . . . .	316
c) Ermittlung und Planungsalternativen . . . . .	318
d) Ermittlung künftiger Belange und Lebenssachverhalte durch Prognose . . . . .	320
aa) Die eingeschränkte richterliche Kontrolldichte bei Prognosen . . . . .	320
bb) Elemente und Grenzen der Prognose . . . . .	321
2. Die Einstellung von Belangen (Zweite Phase) . . . . .	322
a) Die Einstellung als „Nadelöhr“ zwischen Ermittlung und Gewichtung . . . . .	323
b) Die konkrete Abwägungsbeachtlichkeit bei der Einstellung „nach Lage der Dinge“ . . . . .	323
c) Einstellung und Planungsalternativen . . . . .	325
3. Die Gewichtung von Belangen (Dritte Phase) . . . . .	325
a) Das Gewichtungsgebot . . . . .	325
b) Gewichtungsmaßstäbe und Vorrangregeln . . . . .	326
c) Gewichtung und Planungsalternativen . . . . .	328
4. Die Planungsentscheidung (Vierte Phase) . . . . .	329
a) Die Planungsentscheidung als gestaltender Vorgang . . . . .	329
b) Das Ausgleichsgebot bei der Planungsentscheidung . . . . .	330
VII. Die Abwägungsphasen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung . . . . .	330
1. Die Umweltverträglichkeitsprüfung als Zwischenphase zwischen der allgemeinen Ermittlung (Erste Phase) und der allgemeinen Einstellung (Zweite Phase) . . . . .	331



2. Die Strukturen der Abwägung bei der Umweltverträglichkeitsprüfung . . . . .	333
3. Die Berücksichtigung des Ergebnisses der Umweltprüfung bei der Planungsentscheidung . . . . .	334
VIII. Die Fehler bei der Abwägung und ihre Rechtskontrolle . . . . .	336
1. Abwägungsfehler als Grundlage der Rechtskontrolle . . . . .	336
2. Ermittlungsfehler und ihre Rechtskontrolle . . . . .	338
3. Prognoseermittlungsfehler und ihre Rechtskontrolle . . . . .	340
4. Einstellungsfehler und ihre Rechtskontrolle . . . . .	342
5. Gewichtungsfelder und ihre Rechtskontrolle . . . . .	343
6. Entscheidungsfehler und ihre Rechtskontrolle . . . . .	343
7. Abwägungsdefizite bei selbstbindender Vorentscheidung der sog. „subjektiven Abwägungssperre“ . . . . .	344
8. Abwägungsdefizite bei Abschnittsplanung und Zwangspunkten in der Abwägung . . . . .	345
IX. Abwägungsvorgang und Abwägungsergebnis . . . . .	348
1. Dynamische und statische Komponenten der Abwägung . . . . .	348
2. Die Maßstäbe für die Kontrolle von Vorgang und Ergebnis der Abwägung . .	348
<b>§ 20. Naturschutz als zentrales Beispiel für rechtliche Grenzen der planerischen Gestaltungsfreiheit . . . . .</b>	<b>350</b>
I. Europäischer Gebietsschutz . . . . .	350
1. Schutzgebiete . . . . .	351
a) FFH-Gebiete . . . . .	351
b) Vogelschutzgebiete . . . . .	352
2. Feststellung einer erheblichen Beeinträchtigung . . . . .	352
a) Grundlegende Probleme . . . . .	353
b) Erhaltungsziele . . . . .	354
c) Prüfungsschritte . . . . .	355
aa) Screening . . . . .	355
bb) Verträglichkeitsprüfung . . . . .	357
(1) Bestandserfassung und -bewertung . . . . .	357
(a) Erfassung . . . . .	358
(b) Bewertung . . . . .	358
(2) Erfassung und Bewertung der Beeinträchtigung . . . . .	359
(a) Erfassung . . . . .	359
(b) Bewertung . . . . .	359
(c) Heranziehung der besten wissenschaftlichen Erkenntnisse . .	361
(d) Bestimmung der Erheblichkeitsschwelle . . . . .	361
(e) Schadensminderungs- und Schadensvermeidungs- maßnahmen . . . . .	363
cc) Unzulässigkeit des Vorhabens . . . . .	364
3. Abweichungsentscheidung . . . . .	364
a) Zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses . . . . .	366
aa) Abweichungsgründe . . . . .	366
bb) Abweichungsgründe bei prioritären Gebieten . . . . .	367
cc) Zwingender Charakter der Gründe . . . . .	369
dd) Abwägung . . . . .	369
b) Alternativlosigkeit . . . . .	372
aa) Anderes Projekt . . . . .	372
bb) Naturschutzrechtliche Hindernisse . . . . .	373
cc) Sonstige Hindernisse . . . . .	375

dd) Unverhältnismäßigkeit der Alternative . . . . .	375
ee) Verpflichtung zur Wahl der Alternative . . . . .	376
c) Kohärenzsicherungsmaßnahme . . . . .	376
4. Faktische Vogelschutzgebiete, potentielle FFH-Gebiete und nachträgliche Verträglichkeitsprüfung . . . . .	378
a) Vogelschutzgebiete . . . . .	378
aa) Der Schutz faktischer Vogelschutzgebiete . . . . .	378
bb) Gebietsauswahl und Gebietsabgrenzung . . . . .	379
cc) Eingeschränkte gerichtliche Kontrolle . . . . .	380
b) Potentielle FFH-Gebiete . . . . .	381
aa) Schutzregime . . . . .	381
(1) Die Rechtsprechung des BVerwG . . . . .	381
(2) Die Rechtsprechung des EuGH . . . . .	383
bb) Die fehlerhafte Gebietsabgrenzung . . . . .	384
c) Entfallen der Pflicht zur Unterschutzstellung durch Zeitablauf? . . . . .	385
aa) FFH-Gebiete . . . . .	385
bb) Vogelschutzgebiete . . . . .	386
cc) Folgen für die Infrastrukturplanung . . . . .	386
d) Nachträgliche Verträglichkeitsprüfung . . . . .	387
II. Artenschutz . . . . .	388
1. Frühere Rechtslage . . . . .	388
2. Verbotstatbestände . . . . .	389
a) Die Ermittlung der artenschutzrechtlich relevanten Sachverhalte . . . . .	390
b) Die Tatbestände im Einzelnen . . . . .	391
aa) Tötungsverbot . . . . .	391
bb) Störungsverbot . . . . .	391
cc) Schutz von Lebensstätten . . . . .	392
dd) Schutz wildlebender Pflanzen . . . . .	393
c) Tatbestandliche Beschränkungen der Verbotstatbestände . . . . .	393
aa) Schadensvermeidungsmaßnahmen . . . . .	394
bb) Erfüllung der gestörten Funktionen im Umfeld . . . . .	394
cc) CEF-Maßnahmen . . . . .	395
d) Umweltprüfung . . . . .	395
e) Eingriffsregelung . . . . .	395
3. Ausnahmen . . . . .	396
a) Alternativlosigkeit . . . . .	396
b) Ausnahmegründe . . . . .	397
c) Bewahrung des Erhaltungszustands der Population . . . . .	397
4. Befreiung . . . . .	398
III. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung . . . . .	399
1. Überblick und Verfahren . . . . .	399
2. Begriff des Eingriffs . . . . .	400
a) Veränderung von Grundflächen oder des Grundwasserspiegels . . . . .	400
b) Schutzgüter: Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und Landschaftsbild . . . . .	401
c) Erhebliche Beeinträchtigung . . . . .	402
3. Rechtsfolgen des Eingriffs . . . . .	403
a) Vermeidungsgebot . . . . .	403
b) Kompensation unvermeidbarer Eingriffe . . . . .	405
aa) Ausgleichsmaßnahmen . . . . .	405
(1) Die Ermittlung der Eingriffswirkungen . . . . .	405

(2) Die Bewertung der Eingriffswirkungen . . . . .	406
(3) Der Ausgleich des Eingriffs . . . . .	406
bb) Ersatz der Beeinträchtigungen . . . . .	408
cc) Fristen und Sicherung . . . . .	409
dd) Verpflichtete . . . . .	410
ee) Verhältnis zu anderen Kompensations- und Schutzmaßnahmen . . . . .	410
ff) Fehler bei der Qualifikation der Kompensation . . . . .	410
4. Abwägung bei unvermeidbaren, nicht (voll) ausgleichbaren Eingriffen . . . . .	411
5. Die Anforderungen an die Entscheidung . . . . .	413
a) Strikte Bindung bei Vermeidung und Kompensation . . . . .	413
b) Die Kriterien der Abwägung . . . . .	414
aa) Die Gewichtung der Belange von Natur und Landschaft . . . . .	414
bb) Vorbelastungen . . . . .	414
cc) Untersagung des Eingriffs . . . . .	415
6. Ersatzzahlungen . . . . .	415
7. Verordnungsermächtigung . . . . .	415
8. Landschaftspflegerischer Begleitplan . . . . .	416
<b>5. Kapitel: Vorläufiger Rechtsschutz . . . . .</b>	<b>417</b>
<b>§ 21. Die aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklage . . . . .</b>	<b>417</b>
I. Der Grundsatz der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage . . . . .	417
II. Die Bedeutung der aufschiebenden Wirkung . . . . .	417
III. Ausnahmen vom Grundsatz der aufschiebenden Wirkung . . . . .	418
1. Gesetzlicher Ausschluss der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO . . . . .	418
2. Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit gem. § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO . . . . .	420
<b>§ 22. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gem. § 80 Abs. 5 S. 1 1. Fall VwGO . . . . .</b>	<b>421</b>
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen des Antrags . . . . .	421
II. Begründetheit des Antrags . . . . .	423
<b>§ 23. Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 S. 1 2. Fall VwGO . . . . .</b>	<b>426</b>
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen des Antrags . . . . .	426
II. Begründetheit des Antrags . . . . .	426
<b>§ 24. Vorläufiger Rechtsschutz analog § 80 Abs. 5 VwGO . . . . .</b>	<b>429</b>
I. Feststellung der aufschiebenden Wirkung analog § 80 Abs. 5 VwGO . . . . .	429
II. Anordnung der aufschiebenden Wirkung analog § 80 Abs. 5 VwGO . . . . .	429
<b>§ 25. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 123 VwGO . . . . .</b>	<b>431</b>
<b>6. Kapitel: Rechtsschutz bei Sonderformen der Planung von Verkehrsanlagen . . . . .</b>	<b>433</b>
<b>§ 26. Rechtsschutz bei der Straßenplanung durch Bebauungsplan . . . . .</b>	<b>433</b>
I. Zulässigkeit des Normenkontrollantrages . . . . .	433
II. Gerichtliche Kontrolldichte und Rechtsfolgen von Mängeln des Bebauungsplans . . . . .	436
Sachverzeichnis . . . . .	439